



Reihe Deutsch-Französische Strategiegelgespräche

----- 8 -----

Mittel, Konzepte und Akteure der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Ernst Hillebrand / Jean-Pierre Maulny

Oktober 2007

Ernst Hillebrand

Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

Jean-Pierre Maulny

Stellvertretender Leiter des Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS)

Inhalt

Einleitung	3
Die Iran-Krise	4
Die Zukunft der europäischen Verteidigungsagentur	6
Das Interventionskonzept der EU: Stabilisierung und Wiederaufbau	8
Programm der 17. deutsch-französischen Strategiegelgespräche	10

Einführung

Beim 17. Treffen des von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS) organisierten Cercle Stratégique franco-allemand, das am 24. und 25. November 2007 in Berlin stattfand, ging es erneut um die aktuellen Herausforderungen in den Bereichen Verteidigung und internationale Beziehungen, für die Frankreich und Deutschland gemeinsame Lösungen finden müssen.

In der ersten Diskussion ging es um die Irankrise. Das Thema Iran ist heute leider unumgänglich geworden und taucht in den Debatten immer wieder auf. Es stellt eine echte Herausforderung für die nationale Sicherheit dar. Die Teilnehmer des Cercle hoben die historischen und politischen Dimensionen der Krise hervor, waren sich jedoch mehrheitlich einig, dass die Lage nicht irreversibel ist.

Drei Jahre nach der Gründung der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA), die vor kurzem einen deutschen Direktor erhalten hat, schien der Zeitpunkt günstig, sich über die Zukunft der EVA Gedanken zu machen. Die EVA, eines der Instrumente der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), war somit Thema der zweiten Diskussion. Hinsichtlich der Rolle der Agentur gibt es zwei Standpunkte: Die einen sehen sie in erster Linie als Treffpunkt und Ort des Austauschs zwischen den Mitgliedstaaten, die anderen möchten ihr mehr Gewicht geben und sie in den kommenden Jahren zu einer richtigen Rüstungsbeschaffungsagentur machen.

Das EU-Konzept einer Krisenintervention durch Stabilisierung und Wiederaufbau steht heute dank der einschlägigen Erfahrung der EU – und gewissen utopischen Vorstellungen zum Trotz – auf einer solideren Grundlage. Die Teilnehmer haben sich mit der Frage befasst, wie das europäische Konzept konkret angewandt werden kann. Welche Instrumente der GASP erlauben seine Umsetzung? Was tun angesichts der mangelnden Ambitionen der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die GASP? Die Teilnehmer räumten zwar ein, dass das Desinteresse zumindest zu einem Teil auf fehlende Mittel zurückzuführen ist, unterstrichen aber gleichzeitig, dass auch mangelnder politischer Wille und unzureichende Transparenz für die heutige Lage verantwortlich zeichnen.

Die Lage im Iran

Die Lage im Iran ist zwar nicht mit der im Irak zu vergleichen, doch ist das Thema deswegen nicht weniger dringlich. Die Besorgnis angesichts des Nuklearprogramms des Iran ist legitim. Hier hat sich herausgestellt, dass zwischen Deutschland und Frankreich hinsichtlich der Analyse der Lage und der Methoden zur Krisenlösung ein klarer Konsens besteht.

Die Krise im Iran ist vielschichtig. Aus historischer Perspektive ist hervorzuheben, dass der Iran Mitglied des NVV (Nichtverbreitungsvertrag) ist. Der NVV, eines der wichtigsten Instrumente im Kampf gegen die Verbreitung von Atomwaffen, hat zur Bildung von zwei Lagern geführt. Auf der einen Seite stehen die Staaten, die Atomwaffen besitzen und das Recht haben, sie zu besitzen – und auf der anderen Seite all die anderen. Als die AIEA im Jahre 2002 entdeckte, dass der Iran in Verletzung seiner vertraglichen Verpflichtungen heimlich ein Programm zur Anreicherung und Aufbereitung von Uran entwickelte, war die Besorgnis weltweit groß. Im Frühjahr 2003, ein Jahr nach der Rede von George W. Bush zur Achse des Bösen Iran-Irak-Nordkorea, begann der Krieg im Irak. Wie sieht die Situation heute aus? Da der Militäreinsatz im Irak zumindest zu Beginn einen gewissen Erfolg brachte, erwogen die USA auch für die Krise im Iran eine militärische Lösung – im Gegensatz zur EU, die sich stets für eine diplomatische Lösung ausgesprochen hat. Tatsächlich forderte die EU von Anfang an eine präventive Sicherheitspolitik und bot damit eine klare Alternative zum amerikanischen Ansatz. 2005-2006 schlossen sich die USA, Russland und China der EU an und forderten vom Iran die sofortige Einstellung des Urananreicherungsprogramms. Der Iran ging auf die Forderung nicht ein. Am 24. Mai 2007 wurde die Resolution 1737 des Sicherheitsrates verabschiedet – und vom Iran prompt für illegal und ungerecht erklärt. Am 28. September 2007 beschlossen die sechs Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates, eine neue Resolution auszuarbeiten. Aus politischer Sicht steht nicht weniger als die Zukunft des NVV auf dem Spiel. Offiziell sind heutzutage zwar alle für Abrüstung, aber in Wahrheit investieren die Nuklearmächte weiterhin enorme Summen in diesen Bereich. Gleichzeitig fordern immer mehr nicht-nukleare Staaten das Recht auf Nuklearenergie für zivile Zwecke. Der Iran übt im Mittleren Osten beträchtlichen Einfluss aus, nicht zuletzt in Afghanistan. Ein Konflikt im Iran könnte sich somit auf mindestens drei regionale Krisenherde auswirken: Israel-Palästina, Irak und Afghanistan.

Die Krise im Iran ist auch aus der Sicht der Entscheidungsfindung problematisch. Allein werden die Europäer nichts bewirken können. Es ist deshalb von größter Wichtigkeit, dass die Konstellation « 3+3 » (drei große europäische und drei große außereuropäische Staaten) erhalten bleibt. .

Aus französischer Sicht ist der Iran eine Herausforderung für die nationale Sicherheit. Einen möglichen Zugang des Irans zu Atomwaffen kann Frankreich nicht akzeptieren. Er muss durch eine kluge Verbindung von Dialog, Verhandlung und Entschlossenheit verhindert werden. Der Iran hat in der Angelegenheit ein großes Handicap: Da die Urananreicherung eine duale Technologie ist, kann sich der Iran des Verdachts, sich die Atomwaffe beschaffen zu wollen, nicht entziehen – und dies obwohl er immer wieder versichert, einzig an zivilen Anwendungen interessiert zu sein. Die iranische Behauptung rein ziviler Ziele ist heute nicht mehr glaubwürdig. Zudem hat Russland dem Iran bereits ein Atomkraftwerk geliefert, so dass dieser es im Grunde (wenn es wirklich um rein zivile Zwecke ginge) nicht mehr nötig hat, Kapazitäten zur Herstellung von nuklearem Brennstoff zu entwickeln. Auch liegen die illegalen nuklearen Aktivitäten des Irak noch nicht so lange zurück. Der Iran steht somit im Schatten des Präzedenzfalls Irak. Für einen Ausweg aus der Krise gibt es folgende Lösungsvorschläge:

- Die Debatte auf die Verbreitung von Atomwaffen beschränken. Es darf nicht von einem Krieg gegen ein Regime die Rede sein, sondern nur vom Kampf gegen die Verbreitung von Atomwaffen.
- Sich der internationalen Instanzen (AIEA, Sicherheitsrat, NVV) bedienen und ihre Legitimität auf diesem Feld nutzen.

- Sich gegenüber ziviler Atomkraft toleranter zeigen, um deutlich zu machen, dass es die *militärische* Atomkraft ist, die Probleme bereitet.
- Die Einstellung des Nuklearprogramms im Iran erzwingen. Der Iran wurde früh genug „in flagranti“ ertappt, die Situation ist heute noch nicht irreversibel.

Der Iran versucht zurzeit, die Staatengemeinschaft vor vollendete Tatsachen zu stellen und die Situation irreversibel zu machen. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden. Der Iran fühlt sich gegenüber den USA, die im Irak und in Afghanistan mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, in einer Position der Stärke. Dabei scheint er zu übersehen, dass die Massenvernichtungswaffen heute für die gesamte Staatengemeinschaft ein Problem darstellen. Tatsächlich haben inzwischen sogar Khadafi und King Jong Il begriffen, dass die nukleare Aufrüstung ein gefährliches Spiel ist.

Falls der Iran in den Besitz der Atomwaffe gelangen sollte, würde dies ein gefährliches Zeichen setzen. Es würde bedeuten, dass die Großmächte nicht in der Lage sind, den nicht-nuklearen Staaten den Zugang zur Atomwaffe zu verwehren. Deshalb muss dieser Entwicklung unbedingt Einhalt geboten werden.

Die folgende Diskussion drehte sich hauptsächlich um vier Themen:

- Die iranische Rechtfertigung der nuklearen Ambitionen: Der NVV untersagt die Herstellung und die Unterstützung zur Herstellung von Atomwaffen, erlaubt jedoch eine Zusammenarbeit zu zivilen Zwecken. Das Problem ist somit nicht die Technologie an sich, sondern das damit verfolgte Ziel. Die Iraner sagen mit Recht, dass sie ein Anrecht auf Nuklearenergie haben. Das Problem ist, dass die Technologie der Anreicherung und Aufbereitung zwischen den zwei Anwendungszwecken keinen Unterschied macht.
- Die internationalen Auswirkungen im Falle eines Zugangs des Irans zur Atomwaffe: Die iranische Politik der Entwicklung ziviler Nuklearkapazitäten wird die Nachbarländer zur Nachahme anspornen, umso mehr, als sich die Nachfrage aufgrund der Versorgungslage auf dem Erdölmarkt immer mehr auf die Atomenergie verlagert, wie es zur Zeit in Marokko zu beobachten ist. Falls die arabischen Staaten damit beginnen sollten, die iranische Politik zu kopieren, sollte dem Iran klar werden, dass sein kopfloser Wettlauf sich nur gegen ihn wenden kann. Der Iran muss durch Dialog und Verhandlungen überzeugt werden, dass er sich in eine Sackgasse begibt.
- China: China hat sich lange auf eine nationale Perspektive beschränkt und sich in erster Linie darum bemüht, sich unter den Erdölstaaten keine Feinde zu schaffen und sich so seine Versorgung zu sichern. Die Chinesen sind von der Aussicht einer iranischen Atombombe wenig angetan, doch gleichzeitig haben sie wirtschaftliche Interessen in der Region. Dementsprechend haben sie sich bei den Sanktionen bisher zurückgehalten. Doch nun scheint sich die chinesische Haltung langsam zu ändern. China hat begriffen, dass seine Vorgehensweise gefährlich werden kann.
- Die Sanktionen: Der Iran nutzt seine Außenpolitik, um sich von seinen innenpolitischen Verpflichtungen zu drücken. Die Sanktionen sind das einzige Mittel, um eine Reaktion und somit einen Wandel herbeizuführen. Doch Sanktionen, unter denen die Bevölkerung leidet, führen eher dazu, dass diese sich mit ihrem Regime verbündet. Es stellt sich somit die Frage, wie effizient Sanktionen gegen ein Regime wirklich sein können. Bei einem undurchsichtigen Regime ist es sehr schwierig, die Wirkungen von Sanktionen vorauszusehen.

Die Zukunft der Europäischen Verteidigungsagentur

Die EVA existiert nun seit drei Jahren und hat soeben einen neuen Direktor erhalten: Alexander Weis. Die Teilnehmer nahmen dies zum Anlass, sich über die Zukunft dieser jungen Institution Gedanken zu machen. Die EVA hat unter ihren vier Direktionen bereits viele Ideen umsetzen können : die *long term vision*, den *capability development plan*, die industrielle Strategie, den Führungskodex für die Rüstungsbeschaffung und F&E-Programme, die von mehreren Mitgliedstaaten gemeinsam finanziert wurden. Allerdings verfügt die Agentur weiterhin über begrenzte Mittel, weshalb kein einziges neues Kooperationsprogramm lanciert werden konnte. Ist die EVA nur ein Ort, wo die Mitgliedsstaaten ihre Ideen austauschen, oder können von ihr auch echte Impulse ausgehen, so dass sie sich eines Tages zu einer richtigen europäischen Beschaffungsagentur entwickeln kann?

Die EVA wurde ursprünglich als Instrument der GASP geschaffen. Sie ist ein Treffpunkt, ein Ort des Austauschs. Zudem arbeitet sie sehr effizient mit der Europäischen Kommission zusammen. Die beiden Institutionen ergänzen sich: Die Kommission verfügt zwar über mehr Mittel als die EVA, hat aber in Verteidigungsfragen weniger Legitimität. Auf dem Feld der nationalen Rüstungspolitiken hat die EVA keine nennenswerten Änderungen gebracht. Am meisten wird heute von ihren Programmen erwartet.

Die künftigen Herausforderungen der Agentur sind vielfältig.

- Die Beziehungen zwischen der EVA und den nationalen Verwaltungen sind zum Teil gespannt, denn letztendlich geht es ja um eine Kompetenzverschiebung zugunsten einer zentralisierten europäischen Einrichtung. Man fürchtet, nationale Zuständigkeiten einzubüßen. Gleichzeitig zeigt dies, dass die EVA sehr wohl aktiv ist und wahrgenommen wird. Noch werden aber immer wieder Vorwände benutzt, um die Entwicklung der EVA zu bremsen.
- Die EVA steht allen EU-Mitgliedsstaaten offen und setzt sich somit aus sehr unterschiedlichen Staaten zusammen. Es stellt sich insofern die Frage, inwieweit es sinnvoll ist, eine multilaterale Instanz zu haben, in der gewisse Länder sich weder finanziell beteiligen noch an den Programmen mitmachen wollen.
- Zudem wurde die Befürchtung laut, dass die EVA als diplomatisches Mittel instrumentalisiert werden könnte. Wenn zum Beispiel davon geredet wird, die Türkei aufzunehmen, um sie durch eine Sonderbehandlung bei der EVA über andere Verluste hinwegzutrusten, so wird die Agentur dadurch zu einem politischen und diplomatischen Instrument gemacht. Dies läuft ihrer Mission klar zuwider.
- In den Statuten der EVA sind gewisse Instrumente verankert worden. Für alle Beschlüsse mit Ausnahme des Haushalts reicht eine qualifizierte Mehrheit aus, wodurch die Entscheidungsfindung erleichtert wird. Auch die verstärkte Kooperation ist möglich. Insofern stellt die EVA ein regelrechtes Testgelände für die EU dar.

Auf deutscher Seite ist man der Ansicht, dass sich die EVA nicht nur auf politische Fragen beschränken darf. Die Rüstung bildet einen zentralen Punkt der europäischen Verteidigung.

Heute steht fest, dass die EVA bereits zahlreiche positive Veränderungen gebracht hat. Sie ist zu einem wichtigen Element der europäischen Verteidigung geworden, nicht zuletzt durch die Ausarbeitung eines Verhaltenskodex für die Rüstungsbeschaffung. Die von der EVA entwickelte *Long term vision* ermöglicht eine Eruierung der Trends bis 2025. Allerdings bestehen im Bereich der industriellen Kapazitäten in Europa weiterhin viele Überschneidungen und Redundanzen.

Die Schaffung eines gemeinsamen politischen Rahmens für Schlüsselbereiche wie Rüstungsbeschaffung und F&E ist heute unumgänglich geworden. Dazu braucht es einzig und allein politischen Willen. Die Ausarbeitung gemeinsamer kurz- und mittelfristiger Ziele wäre ein erster wichtiger Schritt, der zwischen den europäischen Partnern ein gutes Arbeitsklima schaffen würde. Die EVA muss über rein ideelle Ziele hinausgehen – wir brauchen konkrete Projekte.

Für Frankreich sind die Herausforderungen der EVA heute politischer, transatlantischer und industrieller Natur.

Aus politischer Sicht kann die EVA nur dann Erfolg haben, wenn sämtliche Mitgliedsstaaten den politischen Willen an den Tag legen, aus dieser Agentur den Rüstungsarm des Europas der Verteidigung zu machen. Bleibt natürlich das Problem der NATO, die vielen Staaten weiterhin als attraktiver erscheint. Einige Länder halten ein Europa der Verteidigung für überflüssig.

Auf europäischer wie auch auf transatlantischer Ebene scheint die Verteidigung nicht prioritär zu sein. Man hat dem politischen und dem monetären Europa den Vorzug gegeben. Die Verteidigung wieder zu einer Priorität zu machen ist heute, mit 26 Mitgliedsstaaten und einer sich stetig erweiternden NATO, kein leichtes Unterfangen. In Frankreich ist die Debatte um eine mögliche Rückkehr in die NATO noch nicht entschieden.

Schließlich kann die EVA zum Motor der europäischen Industrie werden. Heute ist der Trend leider der eines Rückzugs auf nationale Interessen, dem Schutz der eigenen Industrie wird der Vorzug gegeben. Hier stehen wir vor echten Herausforderungen im Hinblick auf eine europäische Industrie- und Standortpolitik. Die EVA kann der Ort sein, wo diese Fragen diskutiert werden. Wichtig ist, dass der Prozess sich beschleunigt, auch wenn der Aufbau eines Europas der Verteidigung bei den Amerikanern auf wenig Zustimmung stößt.

Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um zwei Punkte:

- Die Lancierung gemeinsamer europäischer Programme: Die EVA ist in dieser Hinsicht bislang wenig erfolgreich gewesen. Doch ist nicht die EVA daran schuld, dass es keine großen europäischen Verteidigungsprogramme gibt. Zumeist liegt es an fehlenden Mitteln, Terminproblemen oder dem Bestreben der Mitgliedsstaaten, ihre nationalen Interessen zu wahren. Heute ist vielleicht der Zeitpunkt gekommen, neue Impulse zu geben. Doch solange von Seiten der nationalen Regierungen nicht mehr politischer Wille an den Tag gelegt wird, wird die Sache nicht vorankommen. Für gemeinsame Rüstungsprogramme müssen gewisse Bedingungen erfüllt sein, die industriellen Interessen müssen konvergieren und die Politiker müssen erkennen, dass eine Zusammenarbeit allen zum Vorteil gereicht. Gleichzeitig sind gewisse Opfer auf dem Feld der nationalen Industriekapazitäten unumgänglich.
- Die finanzielle Frage : Es geht nicht nur um die nationalen Beiträge – die wahre Herausforderung besteht darin, einen Weg zu finden, wie ein Staat zu geringst möglichen Kosten das erhalten kann, was er benötigt. Die einzige Lösung sind gemeinsame Programme. Vielleicht werden letzten Endes die leeren Kassen die Europäer zur Zusammenarbeit veranlassen.

Das Interventionskonzept der EU: Stabilisierung und Wiederaufbau

Seit Ende der 1990er Jahre ist die EU im Rahmen der GASP bemüht, eine eigene Politik der zivilen Krisenbewältigung zu entwickeln. Diese Interventionspolitik soll die traditionelle, eher auf langfristige Strukturveränderungen abzielende Entwicklungs- und Kooperationspolitik um eine wesentliche Dimensionen - die aktuelle Krisenbearbeitung - ergänzen. In ihr können sowohl militärische wie nicht-militärische Mittel zum Einsatz kommen. Mit diesem Spektrum an Krisenreaktionsinstrumenten – eine Kombination harter militärischer und „weicher“ ziviler Fähigkeiten – verfügt die EU über weltweit einzigartige Kapazitäten.

Allerdings sind die Einsatzkonzepte dieser Missionen bisher in vielerlei Hinsicht noch nicht wirklich definiert – weder strategisch noch politisch. Jedoch liegen mittlerweile mit den Missionen auf dem Balkan und im Kongo konkrete Erfahrungen vor, die eine ernsthafte Diskussion im Sinne eines Beitrages zur Definition einer strategischen Einsatzphilosophie ebenso möglich machen wie die konkrete Bewertung von Verbesserungsmöglichkeiten und Folge-Schritten bei der Weiterentwicklung der Missionen.

Eine solche Debatte, hierüber herrschte in der Diskussion der TN und der Referenten Einigkeit, ist allerdings auch dringend notwendig. Gerade die Mission in Afghanistan und deren Probleme zeigten, dass die Bereitschaft der europäischen Gesellschaften, derartige Missionen zu unterstützen, fragil ist und durchaus schwinden könnte. Das „Syndrom der großen Schweiz“ nannte der frühere französische Verteidigungsminister Alain Richard diese Tendenz in seinem Beitrag.

Alain Richard verwies bei seinem Einführungsvortrag auf die bisher gemachten Erfahrungen. Bei diesen Missionen zeigte sich, dass die erkennbaren Defizite weniger auf der Ebene der militärischen Kapazitäten, als auf der Ebene der zivilen Kapazitäten lägen. Dies gelte zum Teil auch für die Einsatzentscheidungen selbst, bei denen weder klare Ziele noch klare Erfolgskriterien definiert werden. Im Falle Afghanistans sei sogar die wissenschaftlich-analytische Basis für ein richtiges Verständnis des „Einsatzlandes“ und dessen politische, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen unzureichend gewesen.

Auch bezüglich der Dauer der Missionen sei in Zukunft eine realistischere Einschätzung notwendig. Diese haben sich oft als wesentlich zäher und länger erwiesen als ursprünglich erwartet. Hierbei liegt das Problem weniger auf der unmittelbar militärischen Ebene, als auf der Ebene der langfristigen politisch-institutionellen Stabilisierung der Länder. „*State building*“ hat sich als ein wesentlich komplexerer und langfristigerer Prozess erwiesen als vielerorts ursprünglich gedacht. Dies gelte nicht zuletzt für eine der Grundbedingungen von Staatlichkeit, dem staatliche Gewaltmonopol, durchgesetzt durch einen effizienten Polizei- und Justizapparat. In vielen Ländern sei etwa eine dauerhafte Befriedung durch die vollständige Entwaffnung der Akteure kaum vorstellbar.

Politiker, so die Thesen des deutschen Referenten Bernhard Kampmann, greifen gerne auf die Stabilisierungs- und Wiederaufbaumissionen zurück, ohne immer die realen Erfolgsbedingungen der Missionen mit der notwendigen Tiefe überprüft zu haben. In der Folge sei nicht immer gesichert, dass die Missionen auf realistischen Grundlagen und Zielvorstellungen basierten. Dies gelte nicht zuletzt für die politische Dimension, nach der eigentlichen Stabilisierungsphase und dem militärischen Mitteleinsatz. Wichtig sei daher, eine umfassende Gesamtkonzeption für diese Missionen zu entwickeln und sie in den größeren Rahmen einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik einzubetten.

In der Diskussion bestand Einigkeit darüber, dass eine sehr viel systematischere Evaluierung der EU-Missionen – gerade auch ihrer zivilen Komponenten – notwendig sei. Im Bereich der Evaluierung hinke die EU bisher etwa der UN hinterher.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass nicht zuletzt eine Reihe von Kleinproblemen die Effizienz der Missionen untergrabe – überkomplizierte Finanzvorschriften oder defizitäre Koordination zwischen den einzelnen Akteuren und Ebenen. Manche Einsatzvorschriften haben sich als unrealistisch erwiesen. Ebenso habe sich die gesamte langfristige Problematik des Aufbaus von rechtsstaatlichen Strukturen oder nicht-korrupten Polizeikräften als sehr viel schwieriger erwiesen als ursprünglich gedacht.

Die Weiterverfolgung des Themas - mit der Analyse konkreter Missionen und der dort gemachten Erfahrungen sowohl im militärischen wie im zivilen Bereich - wurde von verschiedenen Diskutanten als möglicher Auftrag für die deutsch-französischen Strategiegelgespräche in den kommenden Jahren genannt.

17. Deutsch-Französische Strategiegelgespräche

Berlin, 24. + 25. Oktober 2007

Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Programm

Mittwoch, 24. Oktober 2007

16h15 Die Iran-Krise

Gernot Erlen, MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Philippe Carré, Leiter der Abteilung Strategie, Sicherheit und Abrüstung, französisches Außenministerium

Diskussion

Moderation: **Pascal Boniface**, Leiter des IRIS

Donnerstag, 25. Oktober 2007

9h00 Die Zukunft der europäischen Verteidigungsagentur

Patricia Adam, Abgeordnete, Assemblée Nationale

Andreas Weigel, MdB

Bertrand de Cordoue, Leiter „Forschung und Technologie“, Europäische Verteidigungsagentur

Diskussion

Moderation: **Jean-Pierre Maulny**, stellvertretender Leiter des IRIS

11h00 Das Interventionskonzept der EU: Stabilisierung und Wiederaufbau

Alain Richard, stellvertretender Vorsitzender der SPE, ehemaliger Verteidigungsminister

Bernhard Kampmann, Leiter des Referats Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Auswärtiges Amt

Diskussion

Moderation: **Ernst Hillebrand**, Leiter des Pariser Büros der FES